

mitte drin

Ausgabe 04 / 2017 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

Wir sind das Original!

Auf geht's, Freunde – Bundestagswahlkampf!

In 2017 sind die Wähler*innen aufgerufen, über die zukünftige Politik in der Bundesrepublik abzustimmen. Ich bin Steve Rauhut, geboren in Hamburg, der zweit schönsten Stadt Deutschlands, und ich kann euch sagen, liebe Genoss*innen: Ich habe etwas vor in diesem Jahr!

Ich bin am 11. März zum Direktkandidaten der Partei DIE LINKE für den Bezirk Mitte gewählt worden. Dafür bin ich dankbar und freue mich auf die schöne Aufgabe, gemeinsam mit euch die Wähler*innen von unseren Inhalten und Antworten auf drängende Fragen zu überzeugen.

Mit einem jungen, ideenreichen Team haben wir 2016 bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus ein sensationelles Ergebnis im Wahlkreis 4 (Moabit) erreicht: Aus dem Stand konnten wir das Erststimmenergebnis verdreifachen (von 6,5 % auf 19,1 %).

Mit kreativen Wahlkampf-Aktionen wie #Träumweiter (Sprühkreide-Schriftzug) im öffentlichen Straßenland, Steve-O-Mat, RICH-TIG RAUHUT und dem Kiezmobil haben wir

viele Menschen für unsere Inhalte begeistern können. Jetzt wollen wir nachlegen.

Die Herausforderungen für die Umsetzung einer sozial verantwortlichen Politik liegen auf der Hand: Wir brauchen mehr Gerechtigkeit in diesem Land, und hier ist linke Politik gefragt. Nicht mehr länger als Stichwort- und Ideengeber für andere, sondern in Regierungsverantwortung. Wir sind das Original!

Als LINKE stehen wir für eine Politik, die den Menschen wieder in den Mittelpunkt des Handelns stellt. Ein solidarisches Gemeinwesen setzt bei den Bedürfnissen der Schwächsten an. Für bezahlbaren Wohnraum brauchen wir neue bundespolitische Gesetze als steuernde Rahmenbedingungen. Gentrifizierende Luxusmodernisierung ist sozial! Angemessen bezahlte Arbeit



Steve Rauhut

und ein sozial gerechtes Steuersystem sind unabdingbar für eine Rente, die einen Lebensabend ohne Armut garantiert. Lasst uns unserer Verantwortung gegenüber jüngeren Mitbürger*innen gerecht werden, indem wir uns für eine sozial-ökologische Zukunft

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

Berlin braucht mehr gute und bezahlbare Wohnungen

Was kann und was muss dafür getan werden? Eine der Aufgaben ist benannt: in dieser Legislaturperiode wollen die landeseigenen Wohnungsunternehmen 30.000 Wohnungen errichten. Dazu gehört mehr als guter Wille, weiß Senatorin Katrin Lompscher (LINKE).

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

Weddinger Uferhallen – Kultur- und Gewerbestandort

Die ehemaligen BVG-Werkstätten haben sich längst zu einem Kulturzentrum entwickelt. Bildende Künstler, Musiker, Architekten sind als Mieter eingezogen. Jetzt geht es darum, den Standort planungsrechtlich abzusichern. Rainer Scholz ist vor Ort gewesen.

Fortsetzung auf Seite 4 ▷

Deutschland ist reich an Armut – Berlin besonders

In der Hauptstadt sind 170.000 Kinder und Jugendliche – jede /jeder Dritte – von Sozialleistungen abhängig. Dazu müssen noch etwa 80.000 aus "Aufstockerhaushalten" gezählt werden. Carola Bluhm, Fraktionschefin der LINKEN, will schnelle Veränderungen.

Fortsetzung auf Seite 7 ▷

+++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ weitersagen +++ weitersagen +++

Demonstrationen und Kundgebungen am 1. Mai

Die Demonstration des DGB geht am Hackeschen Markt um 10 Uhr los und mündet am Brandenburger Tor, wo halb zwölf die traditionelle Mai-Kundgebung stattfindet.

Um 14 Uhr beginnt das 1. Mai-Fest der LINKEN auf dem Mariannenplatz.

Die Revolutionäre 1.Mai-Demo startet um 18 Uhr am Oranienplatz.

DIE LINKE.
Bezirksverband Mitte
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Tel.: 030 / 240 09-336, Fax -337
Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr,
Do. bis 19 Uhr

Aus der BVV

Schnellste BVV aller Zeiten

Die BVV-Sitzung am 16. März endete schon um 21 Uhr, weil die neue Geschäftsordnung die Zeit für Anfragen gekürzt hat. Dadurch wurden 3 unserer 4 Anfragen nicht während der Sitzung beantwortet. Diese müssen jetzt in ein paar Wochen vom Bezirksamt schriftlich beantwortet werden.

Unsere einzige beantwortete Anfrage zur Kitaplatzsituation wurde von der Stadträtin Dr. Sandra Obermeyer beantwortet. Die Situation im Bezirk ist angespannt. In 9 von 10 Bezirksregionen gibt es keine oder nur geringe Kitaplatzreserven. Bis 2020 müssen über 3000 neue Plätze geschaffen werden. Es ist wahrscheinlich, dass wegen fehlender Plätze Eltern klagen werden. Im Moment warten 160 Kinder im Bezirk auf einen Platz. Wegen fehlender Fachkräfte können hunderte Kitaplätze nicht vergeben werden. An der Lösung der Probleme wird gearbeitet, aber es gibt keine kurzfristigen Mittel, um die Situation zu entspannen.

Jugendverkehrsschule gesichert

Unser Antrag zur Sicherung der Jugendverkehrsschule (JVS) wurde einstimmig angenommen, nachdem die SPD damit scheidete, durch eine Ausschussüberweisung den Antrag weiter zu verzögern.

Das Bezirksamt soll sich jetzt um finanzielle Mittel für die Instandsetzung und Sanierung der JVS Bremer Straße bemühen, und es wird das „Integrierte Stadtentwicklungskonzept“ (ISEK) *Stadtumbau West, Stadtumbaugebiet Mitte / Tiergarten - Nordring / Heidestraße - Fortschreibung 2016* korrigiert und aktualisiert, so dass darin die JVS gesichert wird.

Verordnete veräppelt

Am Ende der Sitzung gab Bezirksbürgermeister von Dassel (Grüne) in einer Vorlage zur Kenntnis bekannt, dass unser Antrag, bei Räumungen von Obdachlosenplätzen Sozialarbeiter zu informieren und hinzuzuziehen sind, umgesetzt wurde, indem man

keine Sozialarbeiter hinzuzieht. Die Verordneten fühlten sich veräppelt. Von Dassel versuchte zu erklären, dass das Ordnungsamt nicht Beschlüsse der BVV umsetzt, sondern

Anweisungen des Bezirksamtes, was die Verordneten noch mehr aufbrachte. Am Ende versuchte von Dassel, die Verordneten mit dem Zurückziehen und Neuformulieren der Kenntnisnahme zu beschwichtigen. Das ließ aber die Geschäftsordnung nicht zu. Er versprach daraufhin, bei künftigen Vorlagen zur Kenntnisnahme zu Anträgen zur Obdachlosenproblematik noch einmal darauf einzugehen.

Wir werden an der Sache dran bleiben und weiter berichten. **Andreas Böttger**



Andreas Böttger

Blick aus dem Amt

Frühkindliche Bildung für alle

Kitausbau in Mitte!

Die rot-rot-grüne Koalitionsvereinbarung enthält viele wichtige Aussagen zu Politik für Kinder, Jugendliche und Familien in Berlin. Überschriften ist das Kapitel mit „Gute Kindheit und Jugend in einer familienfreundlichen Stadt“.

Zu einer guten Kindheit und einem guten Start ins Leben gehört eine gute frühkindliche Förderung. Das Berliner Bildungsprogramm setzt hier Maßstäbe. Es braucht aber die Orte, an denen diese Bildung stattfindet und gutes Fachpersonal, das diese Arbeit leistet.

An beidem mangelt es Berlin und dem Bezirk Mitte auch. In Mitte müssen – das ergibt sich aus der Bevölkerungsprognose – bis 2019/2020 ca. 3500 Kitaplätze rein rechnerisch geschaffen werden. Wir müssen also jedes Jahr Kitas erweitern und neue bauen, dieses Jahr fast 900 Plätze. Besonders in den Gebieten, die stark wachsen und wo wir möchten, dass mehr Kinder eine Kita besuchen. In manchen Kiezen in Wedding und Moabit gelangen zu viele Kinder erst kurz vor Schulbeginn

zur verpflichtenden Sprachförderung in eine Kita. Wenn wir möchten, dass diese Kinder mehr frühkindliche Bildung erfahren, dann muss es für die Eltern möglich sein, einen Kitaplatz ohne große Hürden zu bekommen.

Mangels ausreichender Plätze ist dies aktuell sehr schwierig. Ich habe dies auf Anfrage der Linksfraktion in der BVV im März geschildert und deutlich gemacht, dass Kitausbau oberste Priorität im Bezirk haben muss. Das bedeutet, dass bei den Planungen zu sozialer Infrastruktur im Bezirk Kita – ebenso wie Schule – immer mitgedacht werden muss, denn es gibt nicht nur eine Schulpflicht, sondern auch einen Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz. Da Flächen knapp sind, müssen wir z. B. Schule, gerade Grundschule und Kita öfter zusammendenken. Freie wie auch staatliche Träger bekommen für die Aufgabe der Kindertagesbetreuung keine 100% Kostenerstattung, auch der Neu- und Ausbau von Kitas muss mit Investitionen der Träger finanziert werden. Wir müssen daher im Bezirk attraktive Bedingun-

gen durch gute Kooperation mit dem Bezirksamt, auch im Bereich Bauen und Planen und bei der Überlassung von Grundstücken bieten.

Was wir als Bezirk nicht lösen können, ist das Problem des Fachkräftemangels. Zunehmend können neue Plätze nicht belegt werden, weil das Betreuungspersonal fehlt. Hier muss das Land Berlin bei der Attraktivität des Berufsfelds in punkto Bezahlung weitere Schritte gehen und den Quereinstieg und andere Modelle weiterentwickeln. Natürlich muss dabei eine gute Betreuung sichergestellt bleiben. Ziel muss sein, dass Kinder jeglicher Herkunft Zugang zu frühkindlicher Bildung haben und ihnen so ein gelingender Start ins Leben, auch das spätere Schul-, Ausbildungs- und Berufsleben ermöglicht wird. **Sandra Obermeyer**



Dr. Sandra Obermeyer

Kampf für gutes und bezahlbares Wohnen

Angesichts des starken Mietanstiegs und des anhaltenden Bevölkerungswachstums ist mehr verfügbarer und bezahlbarer Wohnraum der entscheidende Faktor der rot-rot-grünen Wohnungspolitik in Berlin.

Insgesamt liegt der Bedarf an zusätzlichem Wohnraum auf Grundlage der aktuellen Bevölkerungsentwicklung bei rund 20.000 Wohnungen pro Jahr. Da in den vergangenen Jahren durch privaten Wohnungsneubau vor allem Eigentumswohnungen und teure Mietwohnungen entstanden sind, ist die Erweiterung des Bestands der landeseigenen Wohnungsunternehmen durch Neubau und Ankauf ein zentrales Instrument zur Schaffung und Erhaltung preiswerter Mietwohnungen. Die landeseigenen Wohnungsunternehmen arbeiten mit großem Engagement und Unterstützung des Senats am vorgegebenen Ziel,

in dieser Legislaturperiode 30.000 Wohnungen zu errichten. Davon wird die Hälfte für Haushalte mit Wohnberechtigungsschein zur Verfügung stehen.

Auch die Liegenschaftspolitik wird aktiv für die Schaffung günstigen Mietwohnraums genutzt. Flächen für den Geschosswohnungsbau aus Landesbesitz sollen nur noch an landeseigene Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaften und soziale Bauträger vergeben werden.

Im Rahmen des Berliner Modells der kooperativen Baulandentwicklung sind seit 1. Februar 2017 30 Prozent der errichteten Wohnfläche statt bisher 25 Prozent der Wohnungen bei privaten Wohnungsbauvorhaben, für die ein Bebauungsplan notwendig ist und ein städtebaulicher Vertrag geschlossen wird, mit Mietpreis- und Belegungsbindungen versehen.

Den Mieterschutz wollen wir gemeinsam mit den Bezirken weiter ausbauen, unter anderem durch die konsequente Umsetzung des Verbots der Zweckentfremdung von Wohnraum, das Ausweisen von mehr sozialen Erhaltungsgebieten und neuen Sanierungsgebieten. Auch die gezielte Anwendung der Umwandlungsverordnung und Nutzung bezirklicher Vorkaufsrechte in Milieuschutzgebieten gehört dazu. Mieterinnen und Mieter sollen durch Beratungsangebote gestärkt, Anwohnerinnen und Anwohner durch partizipative Verfahren an Planungen besser beteiligt werden. Die soziale Wohnraumversorgung soll langfristig gesichert und soziale Ausgrenzung verhindert werden. Um die Anzahl mietpreisgebundener Wohnungen zu stabilisieren, werden der „alte“ soziale Wohnungsbau reformiert und die Anzahl der geförderten Mietwohnungen von aktuell 3.000 schrittweise auf 5.000 Wohnungen jährlich erhöht.

Mit dem vom Abgeordnetenhaus von Berlin am 26. Januar 2017 verabschiedeten Gesetz über die Errichtung eines Sondervermögens Infrastruktur der Wachsenden Stadt und Errichtung eines Nachhaltigkeitsfonds (SIWANA) wurden 52 Mio. Euro zur Förderung ener-



Katrin Lomscher

Kostenlose Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE, mit **Rechtsanwalt André Roesener**

- **an jedem ersten Mittwoch des Monats** von 17 bis 19 Uhr im **Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“** der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin und
- **an jedem dritten Mittwoch des Monats** im **Kreativhaus**, Fischerinsel 3, 10179 Berlin

Jeden Mittwoch im Monat

kostenlose Beratung zu **Sozialrecht (Hartz IV) sowie Familien-, Miet- und Arbeitsrecht** durch die Rechtsanwältinnen **Nina Jenny Soest** und **Christian Wisch** von 17 bis 19 Uhr (keine Anmeldung erforderlich) im **LinksTreff**, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin, Tel.: 28 70 57 51

Jeden 4. Mittwoch im Monat

von 14 bis 16 Uhr

kostenlose Mieterberatung

im **Karl-Liebknecht-Haus**, Raum 523, Kleine Alexanderstraße 28, 10178

getischer Sanierungen von Wohngebäuden bei Inanspruchnahme von KfW-Mitteln und Gewährleistung einer Belegungsbindung bereitgestellt. Dies eröffnet nach vielen Jahren erstmals wieder den Weg in eine sozial ausgewogene und ökologisch sinnvolle Sanierung des Gebäudebestands.

Katrin Lomscher
Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen

Die Linke – Fraktion in der BVV Mitte von Berlin

Die **Sprechzeiten** im Fraktionsbüro finden **an jedem Montag von 15 bis 17 Uhr und nach Absprache**

im **Rathaus Mitte**, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin, Raum 114 statt.

Telefon: 901 82 45 65
kontakt@linksfraktion-berlin-mitte.de

Fortsetzung von Seite 1: **Wir sind das Original!**

einsetzen: mit einem klaren Bekenntnis zu Abrüstung, konsequenter Friedenspolitik und einem offenen, lokal und global solidarischen Europa. Hass und Ausgrenzung gegenüber geflüchteten Menschen sind nicht hinnehmbar. Eine neue Kultur des Miteinanders erwächst aus einer gemeinsamen Anstrengung von Staat, zivilgesellschaftlichem Engagement, der Bereitschaft zur Integration in eine offene

Gesellschaft und zu gleichberechtigtem Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung. Wir als LINKE müssen uns als die modernen, progressiven Kräfte zeigen, die wir sind. Wer, wenn nicht wir, soll sich für einen vollkommen neuen Arbeitsbegriff einsetzen, der aus der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens entstehen kann? Wer sonst denkt den menschlichen, sozial gerechten Staat in

einer zukünftigen, immer stärker vernetzten, digitalisierten Welt? Die Antwort ist klar. Politisch bedeutet dies: DIE LINKE wählen.

Lasst uns eine bessere Zukunft jetzt beginnen.

Ich freue mich darauf.
Herzliche Grüße

Steve Rauhut

Zukunft der Uferhallen soll gesichert werden

Auf Antrag der Grünen und der Linken in der BVV Mitte sollen jetzt planungsrechtliche Voraussetzungen geschaffen werden, um die Uferhallen (Uferstraße neben 8 – 11) im Wedding als Kultur- und Gewerbestandort zu sichern und auf dem unbebauten Grundstück Uferstraße 8 Wohnungsbau zu ermöglichen.

sind recht unterschiedlich in Größe, Höhe, Belichtung und Ausstattung; sie entsprechen den Arbeitsbedürfnissen der beteiligten Künstler und sind vom Mietpreis her erschwinglich.

Ein großer Teil der Gebäude wurde mittlerweile an Bildende Künstler, Musiker, Architekten oder Choreografen vermietet;



Teilbereich Uferhallen (Uferstr.8 – 11, im Bus ein hübsches kleines Café)

Die ehemaligen Zentralwerkstätten der BVG haben sich längst zu einem Kulturzentrum entwickelt, das gute Voraussetzungen für die Lebens- und Arbeitsformen der dort arbeitenden Künstler bietet. Die Räume

aus den denkmalgeschützten Omnibuswerkstätten wurden Kulturwerkstätten, Ausstellungshallen und Spielstätten für Theaterinszenierungen. Wesentlicher Bestandteil des Gesamtareals ist die 2500 Quadratmeter große Ausstellungshalle, die für Kunstprojekte und öffentliche Ausstellungen genutzt werden kann.

Vorrangiges organisatorisches Ziel ist dabei die behutsame Sanierung und Weiterentwicklung des Geländes.

Die Idee, den ehemaligen BVG-Zentralwerkstätten eine Zukunft als Supermarktareal zu ersparen und stattdessen ein Kunst- und Kulturzentrum zu entwickeln, hat sich also durchgesetzt. Allerdings beabsichtigen die Eigentümer der Uferhallen derzeit, das Grundstück für einen zweistelligen Millionenbetrag zu verkaufen; eine teure Nutzung, zum Beispiel Eigentumswohnungen, wäre zu erwarten. Daher sollen jetzt die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Sicherung dieses Kultur- und Gewerbestandorts vom Bezirksamt geschaffen werden. Gleichzeitig mit der planungsrechtlichen Absicherung des Standorts Uferhallen soll auf dem unbebauten Grundstück Uferstraße 8 Wohnungsbau ermöglicht werden; dabei muss jedoch nach dem Willen der Antragsteller ein größtmöglicher Anteil mietpreis- und belegungsgebundener Wohnraum gesichert werden.

Rainer Scholz

BÜRGER*INNENDIALOG

Anett Vietzke und Katharina Mayer der Linksfraktion in der BVV Berlin Mitte laden ein
zur gegenseitigen Beratung
auf Augenhöhe
zwischen

Bürger*innen, Kiezexpert*innen, Wutbürger*innen, Gutbürger*innen, Politikverdrossenen, Aktivist*innen, Engagierten, ... und Kommunalpolitiker*innen.

Ziel ist der Austausch
von
drängenden Problemen, kommunalpolitischen Fragen und Antworten,
Vernetzung und Mobilisierung
und transparenter Politik.

**JEDEN 2. FREITAG IM MONAT
16 – 18 Uhr**

**IM LINKSTREFF
Malplaquetstr. 12 – 13347 Berlin - Wedding**

Kurznachrichten

► Elf Millionen Schüler*innen 2016

Erstmals seit 16 Jahren gibt es im Schuljahr 2016/2017 mehr Schülerinnen und Schüler in der Bundesrepublik. Die allgemeinbildenden und beruflichen Schulen registrieren stärkeren männlichen Zuwachs – 5,7 Millionen. Die Zahl der Schülerinnen blieb mit 5,3 Millionen leicht rückläufig.

► Immer mehr Multijobber*innen

Zu den über 3 Millionen Multijobber*innen gehören auffallend viele mit einem Vollzeitjob, die einen zweiten oder gar dritten Job ausüben. Auch Frauen und Männer mit einer gutbezahlten Arbeit suchen nach nebenberuflichen Aufgaben als zweitem Standbein.

► Bau von 375.900 Wohnungen wurde 2016 genehmigt

Die meisten davon – 316.000 – sollen in Mehrfamilienhäusern entstehen. Damit setzte sich die positive Entwicklung seit 2009 fort, meldeten die Behörden.

► Friedrichstadt-Palast war 2016 absoluter Magnet

Berlins Bühnen, Orchester und Tanzgruppen hatten im vergangenen Jahr über drei Millionen Besucher für die fast 9.600 Vorstellungen, teilte die Senatsverwaltung für Kultur mit. 415 Programme waren Neuproduktionen. Den Friedrichstadt-Palast besuchten 468.300 zahlende Gäste. Den Platz eins bei den Sprechbühnen behauptete das Berliner Ensemble mit fast 178.000 Besuchern.

► 537 tödliche Badeunfälle

Die Deutsche Lebensrettungsgesellschaft (DLRG) meldet für 2016 537 tödliche Badeunfälle. Die meisten gab es an unbewachten Binnengewässern. Die Zahl der ertrunkenen Kinder unter 15 Jahren hat sich mit 46 gegenüber dem Vorjahr fast verdoppelt. Die DLRG verweist auf ungenügenden Schwimmunterricht.

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn Sie unsere Monatszeitung „mittendrin“ per Email erhalten wollen, schreiben Sie bitte eine kurze Information an

info@die-linke-berlin-mitte.de

Mit besten Grüßen

Die Redaktion der „mittendrin“

Bei anderen gelesen

► Wie sehr sich die Dinge geändert haben

Dass man vor der Reise nach Washington im Kanzleramt überlegen muss, wie deutlich die Kritik an der Verletzung westlicher Werte und Prinzipien ausfallen darf, zeigt, wie sehr sich die Dinge geändert haben. Bisher machten sich Merkmals Unterstützer Gedanken vor Reisen nach Russland und China. Jetzt gelten die Gedanken der Regierung in Washington, dem einstmaligen engsten Partner. „In der internationalen Politik“, sagt Merkmals Berater Röttgen, „sind die USA inzwischen ein Unsicherheitsfaktor struktureller Art.“

„Der Spiegel“ Nr. 11 vom 01.03.2017

► Stadtentwicklung in Berlin-Mitte

Bis kurz vor der Wende sollte das Scheunenviertel platt gemacht und durch Plattenbauten ersetzt werden. Anfänge davon sieht man in der Linien- und Rosenthaler Straße. 1990 kam die Rettung Abrissstopp. Ein Glück, dass das nicht mehr passieren konnte. Leute wie Jutta Weitz und Florian Schöttle haben sich stark gemacht für Künstler und kleine Handwerker. Vieles wirkt bis heute noch nach. Das größte Kulturherz Berlins schlägt weiter hier.

Künstler Torsten Schlüter aus Hiddensee in

„Der Tagesspiegel“, 17.03.2017

► Das Ende der Waffenruhe

Als Antwort auf die Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 verständigten sich die 20 führenden Wirtschaftsnationen auf freien Handel und multilaterale Kooperation. Mit dem Brexit und der neuen US-Regierung zerbricht dieser Konsens mit fatalen Folgen. Schuld daran sind auch wir Deutschen. Eine einseitige Exportorientierung mit Exportüberschüssen ist in einer Welt mit zu viel Schulden keine gute Strategie, weil wir den anderen Ländern Kaufkraft entziehen. Es gibt den Vorteil eines Euro, der die Wettbewerbsfähigkeit innerhalb des Euroraumes sichert und deutlich schwächer ist als eine deutsche Mark wäre. Und die Folgen einer Politik, die zu viel spart und zu wenig investiert. – Daniel Stelter in

„Cicero“, 06.02.2017

► Deutsches Rüstungsgeschäft mit Ägypten

Anfang März besuchte Angela Merkel den ägyptischen Machthaber Abdel Fattah el-Sisi. Ihr Gastgeschenk: 330 deutsche Raketen. Unter ihrer Leitung hat der Bundessicherheitsrat den Export derselben genehmigt. Jan van Aken (Linke) sagte: „Da ist jeder moralische Kompass verloren gegangen.“

„taz“, 14.03.2017

Menschen in Mitte

Hannelore Harnisch zwischen DT64 und Deutschlandradio

Einen auf die Männer bezogenen Bibelspruch münzt Hannelore Harnisch kühn gleichberechtigt auf sich um: „Ich habe ein Haus mit aufgebaut, Obstbäume gepflanzt und zwei großartige Kinder zur Welt gebracht. Jetzt fehlt nur noch das Buch.“ Das Letztere, würde sie über ihr Leben schreiben, könnte spannend werden.

1952 in Leipzig geboren, in Berlin Abitur mit Facharbeiterbrief einer Bibliothekarin gemacht, wollte sie eigentlich Kulturwissenschaft studieren. Aber sie erfüllte den Wunsch ihres Vaters, eines Professors der Veterinärmedizin an der Humboldt-Universität, und entschied sich für Journalistik. Mit 19 Jahren beendete sie ein einjähriges Volontariat beim Jugendstudio DT64, gearbeitet gleichzeitig ihren Sohn Sascha und begann ihr Studium an der Leipziger Karl-Marx-Universität.

„Mit dem Diplom in der Tasche wurde ich vier Jahre später als Landwirtschaftsredakteurin bei ‚Hallo - das Jugendjournal‘ des Senders ‚Stimme der DDR‘ eingesetzt“, erinnert sich Hannelore Harnisch. „Aber das war nicht meins. Ich wollte viel lieber Kultur machen.“ So profilierte sie sich schnell zur Kulturjournalistin, moderierte bald Abendsendungen, war Reporterin der Schweriner Poetenseminare und der Werkstattwochen der Singeklubs. „1978 gehörte ich zum Berichterstattungspool zu den XI. Weltfestspielen der Jugend und Studenten in Havanna.“ Besonders gern denkt sie noch an ihr Interview mit Palästinenser-Präsident Jassir Arafat in Tunis, das in den Nachrichtensendungen eine Spitzenmeldung wurde.

Nach der Fusion des Jugendjournals mit Jugendradio DT64 1986 kooperierte Hannelore Heider - wie sie damals noch hieß - in unzähligen Programmen eng mit Moderator Hanno Harnisch. In der historischen Nacht vom 9. zum 10. November 1989 sprachen, schnitten und sendeten die beiden ihre erste Livereportage vom „Fall der Berliner Mauer“ an der Sonnenallee, zogen mit modernster Übertragungstechnik mit Tausenden Menschen bis zum Hermannplatz. „Das war eine spannende, aufregende Zeit“, nennt es die Vollblutjournalistin.

Filmrezensionen bei mehreren Sendern

Im Jahr der Abwicklung des DDR-Rundfunks, 1991, wurde ihre Tochter Hanna geboren.

„Nach einem Babyjahr bewarb ich mich bei mehreren Sendern“, erzählt sie. „Seitdem arbeite ich als Freie Journalistin, stelle an jedem Dienstag, ab 21.03 Uhr, in der ‚Antenne (Brandenburg) Filmszene‘ neue Streifen vor. Auch bei Radio 1 des RBB, im Deutschlandradio Kultur und beim MDR Dresden rezensiere ich regelmäßig Kino- Aufführungen.“ Vor elf



Hannelore Harnisch

Jahren wurde ihr DT64-Kollege und Vater von Hanna, Hanno Harnisch, heute Stellvertreter des Pressesprechers der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, auch ihr Ehepartner.

Das mit dem Buch überlegt sich Hannelore Harnisch noch. „Für die Zukunft hoffe ich dafür auf mehr Zeit wie auch für Garten und Reisen“, wünscht sie sich. In jüngster Zeit liest sie aber schon mal Lebensläufe von Persönlichkeiten, zuletzt „Nachruf“, die Autobiografie von Stefan Heym. Langeweile wird sie wohl nie kennenlernen.

Matthias Herold

06. April 2017, 17:30 - 21:00 Uhr, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Salon, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Progressive Industriepolitik in Europa

Mit Prof. Mario Pianta, Universität Urbino/Italien, Wenke Christoph (RLS), Sarah Godar (Hochschule für Wirtschaft und Recht, Berlin), Axel Troost (MdB, DIE LINKE.), Wolfgang Lemb (geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall) und Ingmar Kumpmann (DGB).

Mehr unter: https://www.rosalux.de/nc/veranstaltung/es_detail/NDQI9/progressive-industriepolitik-in-europa/

Nach- und Weitergetragenes

Na, da war ich auf dem richtigen Pfad, als ich letztens über die Bebauung Ecke Torstraße sinnierte.

Jetzt ist sie offiziell. Suhrkamp & Insel haben Pläne veröffentlicht, Café und Wohnungen sind geplant, aber erstens wirken Entwürfe meist fade, und zweitens bauen sie die Berliner hellen Kästen, aber etwas anders und ohne Sehschlitze, dafür mit fußbodentiefen Fenstern. Beton ergänzt Glas und Metall, auf die Südseite kommt das Grüne fürs Volk. Nett, aber mir wären stärkere Visionen und kräftigere Farben lieber. Jedenfalls wurden damit am Rosa-Luxemburg-Platz Fakten geschaffen, noch bevor sich der übliche Protest hemmend formieren konnte. Hier ist das gut, anderswo mag das anders sein. Und auch der Frühling greift vor, tut, als hätte er es fast geschafft. Man sitzt, wenn sie da ist, unter der Sonne, sieht dem Leben zu. In der Bäckerei Sophienstraße schmeckt der Kuchen anders als sonst. Sie führen jetzt auch Müsli im Kühlangebot. Schon rätselt man beim Anstehen, ob die Eigentümerin aufgegeben habe? Undenkbar, sage ich, doch nicht Frau Balzer! Aber vielleicht doch, und haben sie

einen neuen Bäcker? Zu all dem schweigt die freundliche Verkäuferin. Sie lässt uns denken, was wir wollen.

Inzwischen sind auch Neuigkeiten vom Tacheles-Gelände durchgedrungen: Da werden bald Erdberge transportiert, wirklich 2,5 Hektar? Aus einer sechsteiligen, elf Meter tiefen Baugrube? Und im Juli gehts los? Fast ein ganzes Jahr lang werden dutzende Lastwagen damit irgendwohin rollen. Vielleicht sollten sie stattdessen den kleinen Hügel im Monbijoupark vergrößern? Zumindest würde das den Treibstoffausstoß verringern.

Aber was auch immer mit der Erde geschieht, in der Oranienburger Straße geht es seinen Gang. Ist die betonierte Riesenkuhle letztlich zu Ende ausgegossen, werden wir das ganze stolze Ausmaß sehen, denn schon 2020 (!) soll das große Stück Bebauung vollendet sein. Klingt zwar eher nach chinesischen, nicht nach Berliner Tempel, aber die Hoffnung bleibt, denn BER ist schließlich nicht überall.

Dafür scheint es auf dem benachbarten Freiburger-Gelände momentan nicht sonderlich flott weiterzugehen. Aus meinem sehnlichst erwarteten Literatur-Café, dessen Zuckernäpfe



Verhunzte Ordnung und Sauberkeit
Foto: Irene Runge

auf dem Tisch stets die Eröffnung signalisierten, sind die dunklen Möbel verschwunden. Ist das gut oder schlecht? Auch das wird sich zeigen. Schließlich trennt uns von allem, was wir begehren, stets nur die Zeit. Und bekommen wir es, hat es seinen Reiz oft schon verloren.

Irene Runge

Das Sprengbüro – eine neue Anlaufstelle für LINKE Politik im Wedding

Erstmals ist DIE LINKE in Gesundbrunnen und Wedding mit einem Abgeordneten im Berliner Landesparlament vertreten. Diese Verankerung wird nun auch ganz plastisch im Kiez sichtbar. Am 9. Februar öffnete das Bürgerbüro von Tobias Schulze seine Türen. Der Name „Sprengbüro“ rührt von der Lage im Sprengelkiez und dessen Namensgeber, dem Botaniker Christian Konrad Sprengel her. Neu ist der Name nicht: Am selben Ort hatte bis 2016 der frühere Piratenabgeordnete Heiko Herberg sein Büro. Und nicht nur den Namen und das Büro übernahm Tobias Schulze, auch die Mitarbeiterin Petra Wille blieb an Bord. Sie kennt sich aus vor Ort – ob bei den Quartiersmanagements, bei Hausprojekten, Kultureinrichtungen, der Verkehrspolitik oder den Runden Tischen zur Stadtentwicklung.

Als zweite Kollegin ist Katharina Mayer anzutreffen – sie ist außerdem BVV-Abgeordnete und arbeitet im Büro vor allem in den Bereichen Stadtentwicklung und Wohnen.

Gemeinsam mit Tobias Schulze nimmt das Büroteam Probleme aus den Kiezen auf und hat für alle Anliegen ein offenes Ohr. Nicht nur Abgeordnetensprechstunden finden statt – auch erste Veranstaltungen lockten Besucher*innen. Am 20. März wurden Stolpersteine in Moabit geputzt, am 29.3. wird der Film „Das ist unser Haus“ über das Miethäusersyndikat mit anschließender Diskussion gezeigt. Demnächst wird auch eine Mieten- und Sozialberatung angeboten.

Zwei Schwerpunkte der Arbeit des Büroteams kristallisierten sich nach den ersten Erfahrungen bereits heraus: natürlich die Verdrängung und Vertreibung von Menschen aus ihren Wohnungen in Wedding, Gesundbrunnen und Moabit, aber auch das Zusammenleben in einem multikulturellen Kiez, in dem viele Menschen unter Armut leiden. „Das Sprengbüro soll ein Kiezbüro sein, nah dran an dem Alltag vor Ort, und ein Ort lebendiger Debatten



Das Sprengbüro in der Tegeler Straße 39

über Politik in Berlin“, so Tobias Schulze über das neue Domizil.

Sprengbüro Tobias Schulze, MdB
Tegeler Straße 39, 13353 Berlin (zu erreichen über S+U Wedding, Bus 142)

Geöffnet wird regelmäßig **Dienstag 10–15, Mittwoch 13–18 und Donnerstag 10–15 Uhr**, in der Regel länger. Termine und Infos über

www.tobiasschulze.berlin

Aus dem Abgeordnetenhaus

Arm ist nicht sexy

Es ist schon so lange ein Missstand, dass man fast meinen könnte, wir hätten uns daran gewöhnt. In Berlin ist jedes dritte Kind von Sozialleistungen abhängig. Rund 170.000 Kinder und Jugendliche, zu denen noch einmal 80.000 gezählt werden müssen, die in sogenannten Aufstockerhaushalten leben. DIE LINKE hat immer gesagt: Hartz IV ist Armut per Gesetz – für Erwachsene, und in der Folge auch für Kinder. ALG II, Sozialhilfe und Unterstützung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz können nicht garantieren, dass ein Kind ausreichend Chancen für ein später selbstbestimmtes Leben erhält. Arme Kinder ernähren sich häufig ungesünder, haben einen schlechteren Gesundheitszustand, leiden viel an Kopf- oder Rückenschmerzen, gehen weitaus seltener auf weiterführende Schulen, haben demzufolge später schlechtere Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, leben in beengten Wohnverhältnissen mit wenig oder gar keinen Rückzugs- und Spielmöglichkeiten, fahren selten oder gar nicht mit ihren Eltern in den Urlaub, können sich viele außerschulische Aktivitäten nicht leisten. Und das nicht, weil die Eltern schlechte Menschen, sondern weil Chancen und Lebensbedingungen extrem von Geld abhängig sind.

Es ist einfach, sich vorzustellen, dass ein Kind, das in beengten Wohnverhältnissen aufwächst, keinen eigenen Schreibtisch hat, um Schulaufgaben zu machen, nicht an außerschulischen Aktivitäten teilnehmen kann, weil das Geld dafür fehlt und miterleben muss, wie die Eltern vielleicht mehr und mehr resignieren, nur wenig Möglichkeiten hat, ausreichend Kraft und Selbstbewusstsein zu entwickeln, um das ohnehin nicht einfache Leben zu meistern.

Einkommensarmut der Eltern führt geradezu zwangsläufig dazu, dass Kindern Teilhabe und Wohlergehen verwehrt bleiben. Arm sein ist definitiv nicht sexy. Deutschland ist reich an Armut und auf Berlin trifft das leider in besonderem Maße zu. Für einen Berliner Vier-Personen-Haushalt liegt die Armutsschwelle bei 1767 Euro für alles, einschließlich Miete. Ob dieses Geld ein Leben in Würde ermöglicht, darüber ließe sich sowieso streiten. Worum sich nicht streiten lässt: Wir müssen das Thema Kinderarmut schnell und konzentriert angehen, wir müssen an der Situation etwas ändern.



Vorsitzende der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus Carola Bluhm

Manche Maßnahmen, wie beispielsweise die Abschaffung der Bedarfsprüfung beim Zugang zu Kita und Hort oder die Stärkung der Gemeinschaftsschule, lassen sich zügig umsetzen. Andere werden mehr Zeit brauchen. Was aber definitiv nicht geht ist, es auf die lange Bank zu schieben. Daran arbeiten auch die beiden zuständigen Senatorinnen, Elke Breitenbach und Sandra Scheres. Gemeinsam und mit dem gleichen Ziel, wie es sich für eine gute Koalition gehört.

Carola Bluhm

Bürgerbeteiligung ernst genommen?

Am 1. März 2017 lud der Bezirksstadtrat Gothe (SPD) die von einem Bauvorhaben der WBM hinter der Ifflandstraße 1-4 betroffenen Anwohner zu einer Veranstaltung ein, bei dem die WBM und das Stadtplanungsamt Mitte anwesend waren. Das war eine Abkehr vom Verhalten des vorherigen Stadtrates für Stadtentwicklung Spallek (CDU), der sich Bürgerkontakt in dieser Sache verweigerte.

Groß war das Misstrauen der Bürger, denn kurz zuvor waren Bäume auf dem Gelände gefällt worden, um eine Wärmetrasse zu verlegen. Eine bauvorbereitende Maßnahme. Die Anwohner wurden vorher nicht informiert und hatten Angst, dass hier Nägel mit Köpfen gemacht werden sollen, bevor sie gehört werden können.

Die Veranstaltung wirkte sehr unseriös: Gothe bat die Anwohner um Variantenwün-

sche bei der Bebauung, so als würden Änderungen am Bauvorhaben auf Zuruf geschehen. Mehrfach wurde der Vorwurf laut, hier solle Bürgerbeteiligung vorgegaukelt werden.

Umso überraschender war die Ankündigung von Gothe und der WBM, dass es eine zweite Veranstaltung geben soll, bei der die Anregungen, Beschwerden und Variantenvorschläge der Anwohner aufgenommen und in verschiedenen Versionen vorgestellt und diskutiert werden sollen. Die WBM wäre auf einmal bereit, das ganze Bauvorhaben neu zu planen und dafür ständen bereits Mittel bereit. Die Anwohner konnten das nicht so recht glauben, stellt das doch eine Abkehr vom bisher gezeigten Verhalten aller Verantwortlichen dar.

Darum wollte unsere Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung am 16. März nachfragen, wie es dort weitergehen



Anwohner*innen fordern Beteiligung

soll. Aus Zeitgründen wurde unsere Anfrage aber nicht mehr behandelt und die Beantwortung wird schriftlich vom Bezirksamt nachgereicht.

Wir werden an der Sache dran bleiben und berichten, wie es weitergeht.

Andreas Böttger

Das ist das Letzte

Das Letzte, was ich erwartet hätte, ist, dass die „Berliner Morgenpost“ quasi zum „Zentralorgan“ der Berliner Links-Koalition aufsteigt. Das Blatt mit Sitz am Ku'damm gehört zur Funke-Mediengruppe. Dieser Konzern hat Dutzende andere Blätter aufgekauft und gehört zu jener Handvoll Mediengiganten, die heute Meinungsführer sind. So hat nun die „Mopo“ jeden Schritt der neuen Stadtregierung verfolgt und am 18.03. Zeugnisse an die Senatoren verteilt. Überschrift auf Seite 1: „Rot-Rot-Grün verfehlt 100-Tage-Ziel“. Auf den Innenseiten gibt es dann Vieren und Fünfen:

Michael Müller hat 3 Vorhaben erledigt und 7 angestoßen = 30%. Klaus Lederer hat 1 Vorhaben erledigt und 3 angestoßen, aber der hatte auch mehr Anstöße auszuhalten im Bereich Kultur und Europa. Ramona Pop (Wirtschaft) und der Finanzsenator haben 60% Sollerfüllung. Katrin Lomscher (Stadt + Wohnen) kommt auf 40% durch Aussetzung von Mieterhöhungen im Sozialbereich und Start einer Anstalt für sozialen Wohnraum. Bauen dauert eben länger als reden. Die Ressorts Verkehr + Bildung haben 20% geschafft.

Da gibt es jetzt mehr Geld als gute Leute. Deren Ausbildung für Schulen und Kitas braucht Zeit. Innensenator Geisel ist mit 80% Planerfüllung der Joker, weil Sicherheit Thema 1 wurde. Elke Breitenbach hat mit Integration, Arbeit und Soziales einen schweren Rucksack. Sie kam bislang auf 20%. Justiz und Gesundheit werden je 40% bescheinigt. Was sagt uns das?

Wer die Macht hat, hat die Sorgen. Immerhin sind von 60 Aufgaben im 100-Tage-Programm die meisten angeschoben und 23 bereits erledigt. Ich kenne keinen Berliner Senat, der schneller war beim Zupacken. Verglichen mit dem holprigen Start hat diese Mannschaft doch ziemlich geräuschlos und erfolgreich gearbeitet. Am 19. April ist Abrechnungstag. Was dann noch fehlt, ist nicht vergessen.

Arthur Paul

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte
der Partei DIE LINKE

Geschäftsstelle:
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337

E-Mail-Adresse:
info@die-linke-berlin-mitte.de

Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz + Druck:
R. Serinek / Druckerei Bunter Hund, Berlin

Redaktionsschluss: 22.03.2017

Ausgabetermin für Nr. 05/2017 - 04.05.2017

Die Volkssolidarität in Berlin

Gemeinsam mit der sich verändernden Stadt wachsen



Die Volkssolidarität in Berlin arbeitet dafür, dass man gemeinsam viel mehr erreichen kann als alleine. Der traditionelle Sozial- und Wohlfahrtsverband erbringt seit mehr als 70 Jahren eine enorme Vielfalt an sozialen und kulturellen Leistungen – von der Kinderbetreuung bis hin zur Begleitung ins Alter. Es ist ein Verband für alle Generationen.

Mehr als 15.000 Mitglieder organisieren in Orts- und Interessengruppen eine Fülle von Angeboten. Dabei kommen beliebte „Dauerbrenner“ wie beispielsweise die geselligen Geburtstagsrunden genauso nicht zu kurz wie auch der Blick auf Zukünftiges, der Blick auf die sich verändernde Berliner Stadtgesellschaft. Und wir verändern uns mit.

Ganz besonders interessiert uns der soziale Zusammenhalt in unserer wachsenden Stadt. Es braucht Orte, an denen Menschen jeden Alters und verschiedener Kulturen zusammen-

kommen, einander begegnen und gemeinsam etwas erleben oder auch aufbauen können. Dafür haben wir neue Strukturen geschaffen. Erst kürzlich haben wir uns in den drei regionalen Begegnungszentren Nord, Ost und Süd neu organisiert. Gemeinsam mit unseren insgesamt elf Nachbarschaftszentren und weiteren Einrichtungen der Stadtteilarbeit sind wir nun bürgernah in den Kiezen aufgestellt.

Unsere Mitglieder nutzen die Möglichkeit, sich traditionell in Ortsgruppen - daneben aber auch als Interessengruppe - zu treffen und Ihre Ideen unter dem Dach und mit Hilfe der Volkssolidarität umzusetzen. Die Ansprechpartnerinnen für den Bezirk Mitte sind die stellvertretende Bezirksvorsitzende Renate Schott und die hauptamtliche Leiterin des Regionalen Begegnungszentrums Nord Nina-Sybil Klüppel. Wie in den vergangenen Jahren sammelt die Volkssolidarität bis zum 30. April 2017 wieder Spenden für die gemeinnützige Arbeit des anerkannten Verbandes. Wir finanzieren damit zahlreiche Projekte wie unter anderem den ambulanten Hospizdienst der Volkssolidarität. Unsere Arbeit stützt sich auf viele freiwillige und ehrenamtliche Helfer. Sie und unsere Mitarbeiter machen Solidarität im Alltag erlebbar, sie sind Teil einer guten Nachbarschaft. Wenn Sie Interesse haben, wir freuen uns über jede Unterstützung - sei es in Form von Zeit, Wissen oder Spenden. Für einen Monatsbeitrag schon ab drei Euro kann jeder in einer Interessen- oder Ortsgruppe mitwirken. Oder Sie unterstützen uns finanziell als Fördermitglied oder mit Spenden. Jede Hilfe ist willkommen.

Nina-Sybil Klüppel und Renate Schott

DIE LINKE. Berlin-Mitte lädt ein zum Jugendwahlkampf an Pfingsten in Blossin.

Dort werden wir vom **02. Juni bis zum 05. Juni** unseren Bundestagswahlkampf vorbereiten. Neben politischen Themen, gibt es ein buntes Sportprogramm.



Was geht noch so in Blossin?! Baden im See / Beach-Volleyball / Beachfußball / Tischtennis
www.ffzblossin.de

Wer Lust hat teilzunehmen, meldet sich an bei der Geschäftsstelle von Berlin Mitte:
info@die-linke-berlin-mitte.de

Die Kosten betragen 70 € pro Person.

(Keiner muss zuhause bleiben! Falls ihr Probleme habt, die Kosten zu tragen, gibt es Möglichkeiten euch bei der Finanzierung zu unterstützen.) Eine gemeinsame Anfahrt wird organisiert.

Wir gratulieren im April zum Geburtstag!

- Zum 93. Ernst Haak
- zum 92. Horst Heß
- zum 90. Hilde Hartitz, Ruth Wenk
- zum 89. Werner Lemm, Siegfried Zachmann
- zum 88. Eva Tägtmeyer
- zum 87. Erwin Gürnth, Steffi Schuster
- zum 85. Brigitte Rohland
- zum 84. Egon Knoll, Hannelore Schmidt
- zum 83. Edeltraut Aurich, Eva Barth, Horst Giese, Friedhold Bauer
- zum 82. Lieselotte Thiel, Elisabeth Weiß
- zum 80. Georg Benada, Reiner Köhler
- zum 75. Ursula Schuldt